

Impulse aus der Feministischen Sozial-ökologischen Ökonomik

Hoffnungsträger Green Economy?

Green Economy ist in aller Munde, seit sie eines der Schwerpunktthemen der Rio+20-Konferenz 2012 war. Doch ob sie tatsächlich eine Alternative zum ressourcenintensiven Wachstumsmodell darstellt, ist umstritten. Eine kritische Analyse ihrer konkreten Ausgestaltung ist daher umso wichtiger. **Von Daniela Gottschlich, Sarah Hackfort und Dörte Segebart**

1 Einleitung

Die Green Economy wurde auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 2012 und im Vorfeld vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen als ein Konzept präsentiert, das einen ökonomischen Paradigmenwechsel einleiten und materiellen Wohlstand ohne Umweltrisiken und soziale Ungleichheiten bieten könne. Allerdings hat die Green Economy den Beweis noch nicht erbracht, dass sie eine echte Alternative zum herrschenden, soziale und ökologische Kosten externalisierenden Wachstumsmodell darstellt. Die theoretische wie praktische Ausgestaltung einer Green Economy ist ähnlich umkämpft wie die Bestimmung der Inhalte des Konzepts von Nachhaltigkeit selbst (Brand/Thimmel 2013).

Dies zeigt sich unter anderem bei der Konkretisierung auf den verschiedenen politischen Ebenen. Parallel zu den internationalen Diskussionen initiierte etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium den Prozess zur Entwicklung einer Forschungsagenda, um den Umbau der Wirtschaft zu einer Green Economy in Deutschland anzustoßen (BMU/BMBF 2012). Obgleich in diesem Verständnis einer Green Economy auch Aspekte wie Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit benannt werden, liegt der Fokus der Diskussionen bislang vorrangig auf dem Um- und Ausbau umweltorientierter Märkte und Wirtschaftszweige, auf technologischen Innovationen (beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität) sowie der Schaffung grüner Arbeitsplätze mit dem Ziel, umweltverträglich zu wirtschaften und gleichzeitig wettbewerbsfähig zu bleiben.

Auch durch die neue Green Economy Agenda bekommt die These, ökonomisches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit seien prinzipiell vereinbar, wieder neuen Schwung (BMBF 2014a). Mit ihren Kerngedanken, Effizienzrevolution, Entkop-

pelung und Dematerialisierung, verortet sich die Green Economy im Diskurs um ökologische Modernisierung. Indem jedoch die ökologische Krise vorrangig als Effizienz-, Management- oder Modernisierungsproblem konzeptualisiert wird, geraten die gesellschaftlichen Verhältnisse aus dem Blick. Zudem, und hier liegt der Schwerpunkt unseres Artikels, sind die Diskussionen zu Green Economy weitgehend geschlechterblind [1].

Weder wird Bezug genommen auf die Ergebnisse aus der feministischen Naturwissenschafts- und Technikkritik, noch auf die Analysen von Genderaspekten in relevanten Handlungsfeldern wie Mobilität, Energie, Klimaschutz, Ernährung. Auch die gängige Trennungsstruktur ökonomischen Denkens in Produktions- und Reproduktionssphäre wird fortgeführt. Dabei thematisieren feministische Ökonom(inn)en seit Jahren die Unsichtbarkeit und Abwertung der Sorgearbeit. Diese Care-Arbeit umfasst die Sorge füreinander, die Arbeiten im Haushalt, Pflege von alten oder kranken Menschen, die Betreuung von Kindern und zivilgesellschaftliches Engagement. Diese Care-Tätigkeiten sind unabdingbar für die individuelle und gesamtgesellschaftliche Reproduktion. Doch erneut bleibt dieser bedeutende Bereich der Ökonomie ausgeklammert.

2 Feministische Sozial-ökologische Ökonomik

Um Strategien für sozial-ökologische Transformationen zu entwickeln, ist die Berücksichtigung der analytischen und visionären Potenziale, die Ansätze aus dem Bereich der Feministischen Sozial-ökologischen Ökonomik zu bieten haben, notwendig [2].

Ein zentraler Ausgangspunkt feministischer Kritik ist die „Krise des Reproduktiven“ (Biesecker/Hofmeister 2006). Diese beruht sowohl auf der Externalisierung von ökologischen Ressourcen als auch von unbezahlter Care-Arbeit, die nach wie vor weltweit überwiegend von Frauen geleistet wird. Green Economy hat bisher allenfalls nur den ökologischen, nicht aber den sozialen Raubbau im Blick. Nimmt man die Krise des Reproduktiven zum Ausgangspunkt für die Suche nach Lösungsstrategien, wird deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften als (vor)sorgendes Wirtschaften alle Grundlagen, die im ökonomischen Prozess genutzt und vernutzt werden, immer wieder herstellen und sichern muss unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigenzeiten von Mensch und Natur. Dies erfordert nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen politischen Paradigmenwechsel, der das (Vor)Sorgen für Mensch und Natur

ins Zentrum von Demokratie rückt (Tronto 2013). Denkt man Nachhaltigkeit, Care und Geschlechtergerechtigkeit zusammen, dann geht es unter anderem um:

- ein ganzheitliches Verständnis von Ökonomie und Arbeit,
- einen anderen Blick auf den Haushalt als kleinste Wirtschaftseinheit und die Menschen, die dort leben und arbeiten, sowie
- ein anderes Menschenbild und neue Handlungslogiken.

2.1 Verständnis von Ökonomie und Arbeit

Nur wenn das Ganze der Ökonomie und der Arbeit als Untertrenntes und Verwobenes in den Blick genommen wird, können alle den gesellschaftlichen Wohlstand fördernden Kräfte erfasst, analysiert und gestärkt werden. Ein ganzheitliches Wirtschaftsverständnis beinhaltet damit eine Abkehr vom „Externalisierungsprinzip“ (Biesecker et al. 2012: 39), um dem nicht nachhaltigen Umgang mit den sozialen und ökologischen Grundlagen zu begegnen.

Allerdings betonen feministische Autorinnen, dass es nicht einfach um Internalisierung, Inklusion und Aufwertung innerhalb und in die wachstumsgetriebene Warenökonomie hinein gehe. So würde zwar die Internalisierung von ökologischen Kosten zu einer ökologisch gerechteren Preisbildung, aber ohne gleichzeitige Transformation sozialer Ungleichheitsstrukturen auch in ein neues Gerechtigkeitsdilemma führen, da sie ärmere Bevölkerungsschichten stärker als reiche belastet. Auch eine Bezahlung von Care-Arbeit ändere die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in diesem Bereich nicht (Biesecker et al. 2012). Statt punktueller Maßnahmen geht es um tief greifende Veränderungen, die Care als sozial-ökologisches Transformationsprinzip nutzen.

2.2 Haushalt als kleinste Wirtschaftseinheit

Zu einer alternativen Sicht auf das Ökonomische und den daraus abzuleitenden Konsequenzen für wirtschaftliches Handeln zählt es auch, die kleinste Wirtschaftseinheit, den Haushalt, zum Ausgangspunkt des Nachdenkens zu machen und dabei auf die verschiedenen Haushaltsmitglieder zu fokussieren und diese nicht nur als Konsument(inn)en zu sehen, sondern beispielsweise als Versorgungsarbeiter(innen) mit spezifischen Mobilitätsbedürfnissen. Bis heute wird Verkehr aber vorrangig konzeptualisiert als Fahrten vom Wohn- zum Arbeitsort und wieder zurück; Mobilitätsbedürfnisse, die mit Care-Arbeit verbunden sind, werden hingegen selten in Theorie und Praxis thematisiert (Spitzner 2002).

Auch im Bereich Energie ist ein sozial-ökologischer Umbau auf integrierte, geschlechtergerechte Konzepte angewiesen. Entsprechend wäre eine Verbindung von feministischer Forschung und Prosumerforschung sinnvoll. Wenn es darum geht, Prosumer und ihre Wirkung im Energiesystem systematisch zu untersuchen sowie Wissen über ihre Motive für nachhaltiges Energieverhalten zu generieren, dann spielt die Kategorie Gender eine wichtige Rolle. Es gilt, die Black Box Haushalt zu erhellen und den Blick auf die in ihm lebenden und

„Diskussionen zum Leitbild der Green Economy sind weitgehend geschlechterblind.“

tätigen Menschen zu lenken. Partizipative Technikentwicklung und -gestaltung, eine Kombination aus Effizienz- und Suffizienzstrategien sowie gendersensible Untersuchungen zur Alltagstauglichkeit von smarten Technologien wären wichtige Bestandteile, um die angestrebte Energiewende zu erreichen.

2.3 Menschenbild

Perspektivisch geht es damit nicht nur um eine Erweiterung des engen, nur auf die Marktökonomie beschränkten Ökonomie-Begriffs, sondern um eine Veränderung von Ökonomie insgesamt. Die Marktökonomie mit ihren Handlungsprinzipien Konkurrenz sowie Orientierung an Wachstum und Profit soll durch Prinzipien wie Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das gute Leben Notwendigen verändert werden (Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften 2000). Fehlerfreundlichkeit, Rückholbarkeit, Berücksichtigung von Eigenzeiten zählen genauso dazu wie ein Hinterfragen des Menschenbildes.

Alternative Definitionen einer Green Economy müssen den an Nutzenmaximierung orientierten homo oeconomicus hinter sich lassen und stattdessen den Menschen als soziales Wesen verstehen, das fähig ist, für sich und andere, für zukünftige Generationen und die nichtmenschliche Natur zu sorgen. Dieses „sorgende Selbst“ ist „immer ein Selbst im Kontext“ (Biesecker/Kesting 2003, S. 170), das fähig ist zur Weitsicht und zur Einfühlung in andere. Die Einfühlung in andere betrifft nicht nur Menschen. In der ökologischen Landwirtschaft, die als einer der Leitmärkte einer Green Economy identifiziert wird, ist Caring ein wichtiges Prinzip im Umgang mit Tieren oder mit Böden. Für eine (vor)sorgende Ökonomie als Teil einer (vor)sorgenden Demokratie fehlen bisher unterstützende Rahmenbedingungen.

3 Potenzielle Handlungsfelder

In diesem Prozess des Neu- und Andersdenkens von Ökonomie kommt der Wissenschaft und ihren Institutionen eine zentrale Aufgabe zu. Sie können durch eine entsprechende Akzent-

setzung in der Wissensproduktion die notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit anstoßen. Deshalb plädieren wir für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Wissensproduktion, Arbeitsbedingungen an Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen, Forschungs- und Innovationspolitik und den oben skizzierten notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Es braucht eine inter- und transdisziplinäre Wissensproduktion, die über technologische Lösungen für sozial-ökologische Probleme hinausgeht. Darüber hinaus sehen wir Ansatzpunkte in der privatwirtschaftlichen Unternehmenspraxis und geben auch hier mit Blick auf schon vorhandene innovative Ansätze einige Anregungen, wie Gender- und Care-Aspekte in die Praxis der Green Economy integriert werden können.

3.1 Neue Leitbilder für die Forschungs- und Innovationspolitik

Die europäische und deutsche Forschungs- und Innovationspolitik beeinflusst nicht nur die Strukturen und Bedingungen in den Forschungseinrichtungen, sondern sie gibt mit ihren Forschungsförderprogrammen auch den Rahmen für die Inhalte der Wissensproduktion vor.

In Deutschland orientiert sie sich derzeit maßgeblich an den Leitlinien der Hightech-Strategie (HTS), die paradigmatisch an wirtschaftlicher Verwertbarkeit ausgerichtet ist. Ziele der HTS sind vor allem ökonomisches Wachstum und „Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation“ zu stärken (BMBF 2014b, S. 3). Entsprechend schwer haben es nachhaltigkeitsorientierte Ansätze der Transformationsforschung abseits einer solchen marktorientierten Innovationspolitik.

Mit dem Forschungsprogramm für Nachhaltige Entwicklung (FONA) wurde das Zusammendenken sozialer, ökologischer und ökonomischer Aspekte programmatisch zum Leitbild erhoben. Hier spielen Gerechtigkeit und soziale Innovationen eine bedeutend größere Rolle als in vielen anderen Forschungsprogrammen. Der FONA-Schwerpunkt zur Sozial-ökologischen Forschung (SÖF) zielt explizit auf die inter- und transdisziplinäre Erforschung sozial-ökologischer Phänomene. Dies ist eine Perspektive, die auch für das Zusammendenken von Gender, Care und Green Economy grundlegend ist. Mit dem neuen FONA-Agendaprozess zur Green Economy soll „eine international wettbewerbsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaft“ befördert werden (BMBF 2014a). Das Leitbild der Green Economy wird im Sinne eines grünen, energieeffizienten, CO₂-armen Wirtschaftsmodells formuliert; die Wachstumsorientierung aber nicht aufgegeben. Gender- und Care-Themen kommen auch hier nicht vor. Diese Ausführungen deuten an, dass die systematische Integration von Gender- und Care-Dimensionen in die deutsche Forschungs- und Innovationspolitik zu Green Economy und nachhaltigem Wirtschaften bisher noch aussteht. Deshalb halten wir eine systematische, kritische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Forschungs- und Innovationspolitik und einem Nachhaltigkeits- und Transformationsverständnis, das Gender

und Care mit einbezieht, innerhalb der Institutionen der Forschungsförderung für dringend notwendig. Wenn Wissenschafts- und Forschungspolitik einen Beitrag zu sozial-ökologischen Transformationen leisten soll, dann braucht es einen Paradigmenwechsel, der eine Revision des Leitbildes von technologiebasiertem Wachstum als oberstem Ziel von Innovationspolitik hin zu einer Orientierung an einer (vor)sorgenden Ökonomie sowie an ökologischer und sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsverantwortung beinhaltet.

Eine Orientierung an diesem neuen Leitbild müsste als zentrales Evaluationskriterium in die Förder- und Vergabepolitik aufgenommen werden. Zu einer erforderlichen Demokratisierung der Forschungs- und Innovationspolitik gehört neben mehr Transparenz über die Verteilung der Mittel auch die systematische Einbeziehung bisher ausgeschlossener, aber betroffener Akteursgruppen sowie die Förderung von kritischen Forschungsperspektiven (Ober 2014). Zu fragen, welche Themen und Akteure in der Forschungslandschaft kaum vorkommen und warum nicht und wer andererseits von der gesetzten Forschungsagenda profitiert, sollte Inhalt stetiger Selbstreflexion der forschungs- und innovationspolitischen Institutionen sein und auch ein Kriterium bei der Überprüfung darstellen.

3.2 Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in wissenschaftlichen Einrichtungen

Der Bereich Nachhaltigkeit spielt eine immer bedeutendere Rolle in wissenschaftlichen Einrichtungen. Es gibt zunehmend Konzepte, Abteilungen oder Beauftragte für Nachhaltigkeit an Hochschulen. Auch über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ließe sich ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. Dafür müsste das kritisch-emanzipatorische Potenzial, das sich aus einer inhaltlichen Ausrichtung von Nachhaltigkeit am Prinzip des Sorgens für andere und sich selbst (Selfcare), für Gesellschaft und Natur ergibt, für die Um- und Neugestaltung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen genutzt werden. Doch die Themenbereiche Gender, Care und nachhaltiges Wirtschaften werden in wissenschaftlichen Einrichtungen in den allerwenigsten Fällen integrativ bearbeitet. Durch ein Zusammendenken der Bereiche und ein Bearbeiten der Schnittstellen könnten tiefer gehende Problemanalysen erfolgen, Synergien genutzt und passgenauere Maßnahmen entwickelt werden. Angesichts der Erfahrungen von sozialer Unsicherheit in diesem Arbeitsfeld wäre dies dringend erforderlich.

Biografien von Wissenschaftler(inne)n in Deutschland sind heute stärker als früher von ökonomischer Prekarität geprägt: befristete Verträge, Teilzeitstellen mit einem hohen Anteil an unbezahlter Arbeit, Lehre, die oft von schlecht oder nicht bezahlten Lehrkräften durchgeführt wird, sind nur einige Beispiele dafür. Die anhaltend hohe Kinderlosigkeit bei Wissenschaftlerinnen spiegelt zudem die Krise der Reproduktion wider. Die generative Diskriminierung von Fürsorgeverantwortung (Metz-Göckel et al. 2014) geht einher mit schlechteren Karrierechancen in der derzeitigen Wissenschaftslandschaft (Holland-Cunz 2005).

Nachhaltig wäre es hingegen, in wissenschaftlichen Einrichtungen eine (vor)sorgende Wissenschaftskultur zu etablieren. Fürsorgetätigkeiten, im privaten und zivilgesellschaftlichen Bereich, aber auch in der Lehre und Betreuung von Studierenden, müssten dafür im Wissenschaftsbetrieb stärker anerkannt und biografische Diskontinuitäten mehr akzeptiert werden. Dazu bedarf es anderer Maßstäbe zur Beurteilung von Qualität und Kompetenzen. Hierzu gehören etwa die Hervorhebung des wissenschaftlichen, statt des kalendarischen Alters bei Stellenbesetzungen, neben den Publikationsleistungen auch die Anrechnung von Fürsorgeerfahrung als einem sozialen und fachlichen Qualifikationskriterium oder die ausgleichende Berücksichtigung und Anrechnung von privaten und akademischen Fürsorgezeiten bei der Berufung. Teil einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik könnte es sein, eben diese Care-Aspekte systematisch in Projektlaufzeiten und Stellenformate einzuplanen und entsprechend auszuschreiben.

Derart umfassende Konzepte für menschengerechte Arbeitsplätze und für die Weiterentwicklung und Umsetzung eines Konzeptes von Gutem Arbeiten, bei dem auf die Verflechtung mit anderen Lebensbereichen geachtet und die Entwicklung nachhaltiger Lebens-, Mobilitäts- und Konsummuster mitgedacht und gefördert wird, gehen über Gleichstellung und nachhaltige Unternehmensführung hinaus. Sie sind eine wichtige Erweiterung von ökologischen Transformationsstrategien vieler wissenschaftlicher Einrichtungen (wie ressourcenschonende Materialbeschaffung oder reduzierter Energieverbrauch); sie ermöglichen es, Care-Perspektiven in den praktischen Arbeitsalltag von Wissenschaft zu integrieren.

3.3 Förderung akademischer Ausgründungen an Hochschulen

Ein weiteres Handlungsfeld für wissenschaftliche Einrichtungen stellt die akademische Gründungsförderung dar. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Orientierung am Konzept der unternehmerischen Hochschule haben wissenschaftliche Einrichtungen ihre Aktivitäten in Bezug auf die Privatwirtschaft neu ausgerichtet. Wissenschaftlichen Einrichtungen kommt verstärkt die Rolle zu, Wissens- und Technologietransfer direkt und aktiv zu unterstützen (Hemer et al. 2010). Die wachsende Bedeutung kommerzieller Verwertung von wissenschaftlichen Ergebnissen nähert die Wissenschaft der Wirtschaft an. Dies birgt Gefahren, öffnet jedoch auch neue Handlungsspielräume – gerade im Bereich Green Economy. Für wissenschaftliche Einrichtungen besteht im Bereich der Ausgründungen die Möglichkeit, ihr Innovationspotenzial umzusetzen und gesellschaftlich nutzbar zu machen.

Die von uns exemplarisch betrachteten akademischen Gründungsförderungsstrukturen könnten einen relativ einfachen und effektiven Hebel darstellen, Nachhaltigkeitskriterien in der Gründungs- und Forschungsförderung zu etablieren. Gegenwärtig zeigt sich die Gründungsförderung jedoch noch nicht ausreichend sensibel für die Bearbeitung der Schnittstelle Gender, Care und nachhaltiges Wirtschaften. Nachhaltig

„Forschungspolitik sollte sich weniger auf ein technologiebasiertes Wachstum fokussieren, sondern sich an einer (vor)sorgenden Ökonomie orientieren.“

tigkeit in einer ganzheitlichen Perspektive muss daher stärker Eingang finden in die Beratungs- und Förderpraxis.

Einerseits geht es also um ein kritisches Hinterfragen des starken Fokus auf quantitative Skalierbarkeit, schnelle Verwertbarkeit und finanzielle Lukrativität in den Förderkriterien. Andererseits braucht es eine sozialwissenschaftliche Erweiterung und Reflexion der vorrangig technologischen Entwicklungsvisionen. Sinnvoll wäre es, in die Gründungsförderung Nachhaltigkeitsstandards zu integrieren, etwa in Form von Förderkriterien, die auf soziale Innovationen, demokratischere Unternehmensformen und Gemeinwohlorientierung zielen. Auch die explizite Berücksichtigung von Care-Erfahrungen oder die gezielte Förderung ökologisch *und* sozial ausgerichteter Gründungen könnte den Wandel in Richtung Nachhaltigkeit stärker voranbringen helfen (Hackfort/Röhr 2014).

Da nachhaltige Entwicklung als Gerechtigkeitskonzept nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren ist, sollten Aspekte von Gender und Care dabei mindestens auf drei Ebenen berücksichtigt werden: in den Kriterien der Antragstellung [3], in der Evaluierung der Anträge (unter der Fragestellung, ob die interne Unternehmenskultur und -struktur durch geeignete Maßnahmen zur Gleichstellung und zur Vereinbarkeit von Beruf und Sorgeverpflichtungen beiträgt) sowie in den intendierten externen gesellschaftlichen Wirkungen des Unternehmens (in Bezug auf Impulse oder Umsetzung von sozialen und ökologischen Innovationen, Gemeinwohlorientierung und Care-Aspekten).

Neben ökologischen, die zunehmend eingeführt werden, bedarf es auch der Erarbeitung von verbindlichen sozialen Kriterien (zu Themen wie Gender, Diversity, Care, Gemeinwohlorientierung) zur Orientierung bei der Vergabe von steuermitelbasierten Fördergeldern für akademische Ausgründungen [4]. Hierfür ist die Etablierung von Gender- und Carekompetenz in den entsprechenden Institutionen eine Grundvoraussetzung. Die Sensibilisierung und Schulung von Berater(inne)n an wissenschaftlichen Einrichtungen sowohl zum Thema Nachhaltigkeit als auch zu Geschlechtergerechtigkeit und Care können hier unterstützend wirken, ebenso wie themenbezo-

„Tief greifende, gesellschaftliche Veränderungen sind notwendig, wenn Green Economy zu einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit beitragen soll.“

gene Coaching- und Mentoringangebote sowie gezielte Ausschreibungen von Programmen zur Förderung sozialer Innovationen (social entrepreneurship) oder Wettbewerben zur Umsetzung von Gleichstellung, Vereinbarkeit und Nachhaltigkeit in akademischen Unternehmensgründungen. Sinnvoll wäre es, explizit Konzepte für eine nachhaltige akademische Gründungsförderung zu erarbeiten und umzusetzen und dafür nachhaltige Pilotprojekte gezielt zu fördern.

3.4 Veränderungen in der Unternehmenspraxis

Unser Verständnis einer nachhaltigen Ökonomie als Teil sozial-ökologischer Transformationen beinhaltet die Integration von Gender- und Care-Perspektiven in die Wirtschaftspraxis im Bereich der Green Economy. Zwar sind Zweifel daran, dass Unternehmen im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftungszusammenhänge tatsächlich Change-Agents für sozial-ökologische Transformationen darstellen, durchaus berechtigt. Denn die Unternehmen unterliegen Strukturzwängen, in denen das Streben nach Wachstum und Profit im Zentrum des Wirtschaftens stehen. Aber auch unter Berücksichtigung dieser strukturellen Aspekte gibt es vorhandene Spielräume zur Veränderung und alternative Praktiken, die es zu nutzen und ausweiten gilt.

Auch privatwirtschaftliche Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Und es gibt zunehmend mehr Unternehmer(innen) und Verbände, die versuchen, Nachhaltigkeit bewusst in ihr Unternehmenskonzept einzubeziehen. Zudem existieren verschiedene politische Ansätze, wie zum Beispiel der Deutsche Nachhaltigkeitspreis, die versuchen, diese Konzepte wertzuschätzen und sichtbarer zu machen. Im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens ist das Unternehmenswohl dabei für viele Unternehmer(innen) nicht ausschließlich an quantitativen Wachstumsindikatoren zu messen. Vielmehr werden auch andere qualitative Faktoren und Indikatoren einbezogen, jeweils definiert für den konkreten Unternehmenskontext. Mittlerweile gibt es zahlreiche Unternehmen, die den Zweck ihres Wirtschaftens und die Bewertung ihres Unternehmenserfolgs anhand gemeinwohlorientierter Werte definieren und sich dabei des Instruments der Gemeinwohlbilanz bedienen (Felber 2010). Allerdings spielen Gender- und Care-Aspekte bisher auch in vielen dieser alternativen ökonomischen Ansätze, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Wir halten deshalb die grundsätzliche unternehmensinterne Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit unter Einbeziehung von Gender- und Care-Themen für wichtig.

Wirksam wäre es, Kriterien zu Care und Geschlechtergerechtigkeit systematisch auch in die nachhaltigkeitsbezogenen Zertifizierungs- und Berichtsverfahren mit aufzunehmen. Hier gilt es, Erfahrungen mit alternativen und möglicherweise bisher für unmöglich gehaltenen wirtschaftlichen Praktiken und sozialen Innovationen zu sammeln. Dass diese funktionieren können, zeigen verschiedene Beispiele ökonomischen Handelns, die nicht Profitmaximierung und Wachstum, sondern die Produktion von Gebrauchswerten und die Bedürfnisbefriedigung zum Ziel allen Wirtschaftens erklären. Dazu gehören die Open-Source-Produktionen ebenso wie solidarisch organisierte landwirtschaftliche Betriebe oder die Arbeitszeitumverteilung durch Jobsharing. Diese zuletzt genannten sozialen Innovationen erfordern mitunter ganz neue Produktions- und Nutzungsmodelle oder implizieren veränderte eigentumsrechtliche Regulierungen. Für viele dieser neuen und kreativen Ideen und Praktiken, die mit bestehenden Verhältnissen brechen, kann es hilfreich sein, neue Bündnisse zu schmieden und sich in Allianzen zu organisieren, die sich ähnlichen Zielen verpflichtet sehen.

Wirksam wäre es, Kriterien zu Care und Geschlechtergerechtigkeit systematisch auch in die nachhaltigkeitsbezogenen Zertifizierungs- und Berichtsverfahren mit aufzunehmen. Hier gilt es, Erfahrungen mit alternativen und möglicherweise bisher für unmöglich gehaltenen wirtschaftlichen Praktiken und sozialen Innovationen zu sammeln. Dass diese funktionieren können, zeigen verschiedene Beispiele ökonomischen Handelns, die nicht Profitmaximierung und Wachstum, sondern die Produktion von Gebrauchswerten und die Bedürfnisbefriedigung zum Ziel allen Wirtschaftens erklären. Dazu gehören die Open-Source-Produktionen ebenso wie solidarisch organisierte landwirtschaftliche Betriebe oder die Arbeitszeitumverteilung durch Jobsharing. Diese zuletzt genannten sozialen Innovationen erfordern mitunter ganz neue Produktions- und Nutzungsmodelle oder implizieren veränderte eigentumsrechtliche Regulierungen. Für viele dieser neuen und kreativen Ideen und Praktiken, die mit bestehenden Verhältnissen brechen, kann es hilfreich sein, neue Bündnisse zu schmieden und sich in Allianzen zu organisieren, die sich ähnlichen Zielen verpflichtet sehen.

4 Schlussfolgerungen

Gesellschaftliche Transformationsprozesse erfordern eine tief greifende Veränderung von lange bestehenden Konzepten, Strukturen und Handlungsmustern. Eine Emanzipation von eben diesen ist immer auch eine Frage von veränderten Werten und Normen. Produktive Ansatzpunkte und Perspektiven für einen solchen Wandel, der sich auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene, im Bereich des Ökonomischen wie des Politischen vollzieht, sehen wir in den oben skizzierten Ansätzen und Konzepten für eine (vor)sorgende Ökonomie und Demokratie. Ihnen gilt es nachzuspüren, wenn Green Economy zu sozial-ökologischen Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit beitragen soll.

Anmerkungen

- [1] Der Beitrag basiert auf dem vom BMBF geförderten Forschungsprojekt CaGE, das von den Verbundpartnern FU Berlin und LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V. in Kooperation mit der Leuphana Universität Lüneburg durchgeführt wurde. Weitere Informationen zum Projekt sowie weitere Publikationen unter www.cage-online.de
- [2] Zur Aufarbeitung der Debatte einschließlich einer umfangreichen Bibliographie vgl. Gottschlich et al. (2014).
- [3] Denn in der Antragstellung können vermeintlich neutrale Kriterien geschlechterspezifische Effekte entwickeln, wie es beispielsweise bei EXIST zu beobachten ist: Frauen gründen aktuell in Deutschland überwiegend Nebenerwerbsunternehmungen. Die Bedingung des Programms einer Vollerwerbsgründung könnte Menschen in Sorgeverantwortung (z. B. Eltern, i. d. R. zumeist immer noch überwiegend Frauen) in bestimmten Lebenssituationen von einer Bewerbung abhalten.

[4] Die bisherigen Kriterien, die in der Förderrichtlinie von EXIST (Dez. 2014) unter „Sonstige Zuwendungsbestimmungen“ formuliert sind, könnten durch ausführlichere Hinweise produktiv unterstützt werden: „Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, bei der Förderung die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Nichtdiskriminierung und Nachhaltige Entwicklung als Querschnittsziele des ESF zu beachten (Artikel 7 und 8 der VO (EU) 1303/2013). Im Internet unter: www.exist.de/SharedDocs/Downloads/DE/Antragsunterlagen/Neue-Foerderrichtlinie-EXIST-Gruenderstipendium.pdf?__blob=publicationFile

Literatur

- Biesecker, A./Hofmeister, S. (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München, Oekom.
- Biesecker, A./Kesting, S. (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive. München, Oldenbourg.
- Biesecker, A. et al. (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Hintergrundpapier. Internet: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014a): Forschungsagenda Green Economy? Internet: www.bmbf.de/pub/Green_Economy_Agenda.pdf
- BMBF (2014b): Die neue Hightech-Strategie. Innovationen für Deutschland. Internet: www.bmbf.de/pub_hts/HTS_Broschure_Web.pdf
- BMBF/BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): Green Economy – ein neues Wirtschaftswunder? Internet: www.fona.de/ge2012/Leitbild_Green_Economy_BMBF_BMU.pdf
- Brand, U./Thimmel, S. (2013): Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Felber, C. (2010): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien, Deuticke.
- Gottschlich, D. et al. (2014): Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken. Internet: www.cage-online.de/wp-content/uploads/2014/10/CaGE-Texte_1-2014.pdf
- Hackfort, S./Röhr, U. (2014): Die blinden Flecken ausleuchten. Gender und Sorge in Wissenschaft und Unternehmen. In: Politische Ökologie 139. S. 140–143.
- Hemer, J. et al. (2010): Beteiligungen von Hochschulen an Ausgründungen, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. Karlsruhe, Fraunhofer Verlag.
- Holland-Cunz, B. (2005): Die Regierung des Wissens. Leverkusen Opladen, Barbara Budrich Verlag.
- Metz-Göckel, S. et al. (2014): Karrierefaktor Kind: Zur generativen Diskriminierung im Hochschulsystem. Opladen, Berlin und Toronto, Barbara Budrich.
- Ober, S. (2014): Partizipation in der Wissenschaft. München, Oekom.
- Spitzner, M. (2002): Zwischen Nachhaltigkeit und Beschleunigung – Technikentwicklung und Geschlechterverhältnisse im Bereich Verkehr. In: Technikfolgenabschätzung. Theorie und Praxis 2002/2. S. 56–69.
- Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften (2000): Zur theoretisch-wissenschaftlichen Fundierung Vorsorgenden Wirtschaftens. In: Biesecker, A. et al. (Hrsg.): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens. Bielefeld, Kleine. S. 27–69.
- Tronto, J. C. (2013): Caring democracy. Markets, equality, and justice. New York, NYU-Press.

AUTORINNEN + KONTAKT

Dr. Daniela Gottschlich vertritt die Professur „Klimawandel und nachhaltige Entwicklung“ am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.



Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin. Tel.: +49 30 2093-6854, E-Mail: daniela.gottschlich@geo.hu-berlin.de.

Dr. Sarah Hackfort arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Cluster Transformation und Nachhaltigkeit am IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin.



IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin. Tel.: +49 30 80308818, E-Mail: s.hackfort@izt.de.

Dr. Dörte Segebart ist Juniorprofessorin für Entwicklungs- und Geschlechterforschung am Institut für Geographische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin.



Freie Universität Berlin, Malteserstr. 74–100, 12249 Berlin. Tel.: +49 30 8387-0226, E-Mail: doerte.segebart@fu-berlin.de

Ökologisches Wirtschaften online

Mit dem Onlineangebot von *Ökologisches Wirtschaften* sind Sie noch besser informiert:

Sie haben Zugriff auf alle Fachartikel seit der Gründung der Zeitschrift im Jahr 1986.

Sie können insgesamt über 1.000 Einzelartikel nach Titeln, Autoren, Schlagwörtern und Volltext durchsuchen.

Als Abonnent haben Sie exklusiven Zugang zu den zwei letzten Jahrgängen der Zeitschrift.

Sie können sich auf der Seite registrieren, um sich so über jede neue Ausgabe von *Ökologisches Wirtschaften* per E-Mail benachrichtigen zu lassen.



www.oekologisches-wirtschaften.de

